INFO

1 ★ 1970

annoversches centralorgan der sozialistischen basis- & projektgruppen

Wir bauen das SOZIALISTISCHE ZENTRUM
gegen Bürokratie und Parlamente — klassenkämpferisch und solidarisch
Bank für Gemeinwirtschaft, Hannover, Konto-Nr. 9144

Organisationspende für das Info: 50 Pf.

INHALTSVERZEICHNIS INFO 1

S. 3: Gegen die Handwerkelei unter dem Heiligen- der Schulung (Fortsetzung aus INFO 6, 1969): II. Der kontemplative Weg zum proletarischen Bewußtsein: wider die strategische Verabsolutierung der "Schulung".

S.8: Materialien zum nationalen und internationalen Imperialismus am Beispiel Südafrikas.

S.12: "Rote Hilfe", These aus "Die erste Etappe des Aufbaus der Kommunistischen Partei des Proletariats."

S.15: Zum Problem der Finanzierung unserer politischen Arbeit.

S.16: Materialien zur neuesten Entwicklung um die ÜSTRA

S.20: Termine und Informationen

TEXTE ZUR AGITATION - TEXTE ZUR AGITATION - TEXTE ZUR AGITATION - TEXTE ZUR AGITATION

Straßenbahnaktionen 1969

Die Schrift enthält eine Analyse der Massenaktionen die 1969 in Hannover und Heidelberg gegen die Erhöhung der Tarife durchgeführt wurde. Die hannoverschen Genossen Diemer und Krovoza versuchen, den Stellenwert sozialreformerischer Ansätze - wie sie in der Aktion "Roter Punkt" auftraten - zu verARbeiten. Im Heidelberger Beitrag wird begründet, weshalb die Genossen dort die unspezifische Mobilisierung einer Null-Tarif-Forderung durch ads Klassenspezifische "Freie Fahrt zum Arbeitsplatz" zu ersetzen versuchten.
Weiter werden behandelt: Auseinandersetzung mit den Revisionisten bei Massenaktionen, Bestimmung der "Roten-Punkt"-Aktion im Klassenkampf. das Verhältnis vom Kampf im Konsumbereich und der Produktionsphäre.
Abschließend ein Beitrag des SDS-BV zur Problematik.

trikont verlagskooperative, Broschüre (75 S.).....2.50 DM

Alvons Diemer

GEGEN DIE HANDWERKELEI UNTER DEM HEILIGENSCHEIN DER SCHULUNG (Fortsetzung aus INFO 6, 1969)

"Wir schulen uns, wir werden uns schulen, wir werden geschult sein."
W.I.Lenin, Was tun?

II

Der kontemplative Weg zum proletarischen Bewußtsein: wider die strategische Verabsolutieurng der "Schulung"

Der erste Teil unseres Beitrags ("Die positiven Elemente der antiautoritären Phase weiterentwickeln!") versuchte einiges an der "dialektischen Negation" der antiautoritären Phase, wie sie in den Texten der Parvus-Kommune, von Gen. Lauermann und der SBG versucht wurde, zu korrigieren, vor allem um blinde Organisations- und Strategiekonzepte zu vermeiden und eine politische Kontinuität unserer Bewegung aufrechtzuerhalten.

Der heutige Beitrag versucht, diese Diskussion weiterzutreiben, indem der spezifische Stellenwert der Schulung für unsere sozialistische Politik geklärt wird. Auch hier kommen wir zu einer erheblich anderen Einschätzung als die Parvusianer (S. INFO 4).

Die Schulungskonzepte, samt deren impliziten Organisationsmodellen, wie sie seither im INFO vorgestellt wurden, sind durch drei Momente mechanistischer Verkürzung von Organisation gekennzeichnet:

1. Sie sind unfähig, die Kategorien des historischen Materialismus auf die eigene Geschichte, die sog. "antiautoritäre Phase" unserer Bewegung anzulegen. Die Geschichtsblindheit zeigt sich vor allem in der Unsicherheit, die intellektuelle Revolte im Zusammenhang mit der Rekonstruktion der Arbeiterbewegung zu begreifen und in der Verleugnung der eigenen Rolle, als sozialistische Intelligenz ein konstitutives Moment der politischen Klasse sein zu können.

2. Sie sind selber noch geschlagen vom falschen Bewußtsein antiautoritärer Vergangenheit. Dies zeigt sich vor allem in der Art der Verabsolutierung einzelner Aspekte unserer Arbeit (der Schulung und der Organisation), die isoliert werden von politischer und agitatorischer Praxis. War die antiautoritäre Phase gekennzeichnet durch Verabsolutierung aktionistischer Praxis, scheint sich nun das Gegenteil anzubahnen: die Verselbständigung von Schulung und Organisation. Wir faßten dies wie folgt zusammen (INFO 6, S.4): "So richtet sich die dialektische Negation der antiautoritären Phase aus an rein formalistischen Kriterien. Was als Negation dann daherlabert, ist entsprechend genau so formalistisch wie die Kritik an der alten Handwerkelei, also die Negation e i n e r F o r m von Handwerkelei, also eine n e u e F o r m von Handwerkelei."

3. Es fließen einige Grundbegriffe ein, (und setzen à priori organisatorische Modelle) die als ontologische Wesenheiten übertragen werden und sich fixieren an bestimmten historischen Phasen des Kapitalismus, ohne die Entwicklung der Klassenstruktur im Monopolkapitalismus zu berücksichtigen. Insbesondere zeigt sich dies in der dichothomisierten Trennung von Haupt- und Nebenbereich. Hauptbereich umfaßt die Arbeit im Proletariat, die zentral und für die Organisation einzig dominant gesetzt wird, wobei allerdings ein Begriff von "Proletariat" hypostasiert wird, der sich an der klassischen Verelendungstheorie orientiert. Die Arbeit im Nebenbereich habe sich mit dem Kleinbürgertum aus dem Schüler-Studentenbereich zu beschäftigen: ihre Funktion beschränkt sich, einzelne INdividuen zum individuellen Klassenverrat zu führen (was durch gründliche Schulung geschieht), um

deren Intelligenz dann produktiv werden zu lassen für die proletarischen Organisationsansätze. Es ist allerdings leicht nachzuweisen, daß dieser Kleinbürgerbegriff reine Ideologie ist. Er wird gleichgesetzt mit dem MARXschen Begriff des warenproduzierenden Kleinbürgertums und muß somit die ökonomische Funktion der Intellektuellen total verfehlen. Die ganze Theorie des intellektuellen Klassenverrats geht davon aus, als wären die Studenten und Arbeiter zwei tendenziell sich feindlich gegenüberstehenden Klassen zuzurechnen, ohne sich jedoch die Mühe zu machen, den Status der Intellektuellen im Produktionsprozeß zu analysieren. "Die beiden großen Entdeckungen: die materialistische Geschichtsauffassung und die Enthüllung des Geheimnisses der kapitalistischen Produktion vermittels des Mehrwerts verdanken wir Marx". Dieses, von den Parvusianern angeführt Zitat aus ENGELs "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" wollen wir in der Tat ernst genommen wissen zur Bestimmung des Standes der Klassenkämpfe in der BRD und ihren strategisch-organisatorischen Konsequenzen. Die Anstrengungen der herrschenden Klasse, die Intelligenz sich verfügbar zu machen als "Produktivkraft Wissenschaft" scheinen fast zu beweisen, daß die Studenten ihrem ökonomischen Status nach nicht unter "Kleinbürger" zu fassen sind, sondern zur politischen Klasse gehören. Ein an nach kybernetischen Strukturen ausgerichtetes Organisationsmodell, das einem idealisierten (Industrie-) Proletariat als Hauptbereich revolutionärer Politik flugs ein Nebenbereich revolutionärer (Neben-)Subjekte antagonistisch unterbuttert, läßt in der praktischen Realisierung von Organisation den historisch-dialektischen Materialismus herunterkommen zu einer Sekte tapferer Schneiderlein.

Die Begründung für den Exodus der linken Bewegung in die Organisationsform "Schulung" hängt zusammen mit den drei genanten Punkten, die zwar ausgesprochenermaßen gerade durch die neue Organisationsform überwunden werden sollen, da aber nur idologisiert ausgesprochen, die neue Schulungsphase begründen. Die sozialistische Bewegung gerinnt zu einem Zentralismus Lohnarbeit-und-Kapital-lesender Möchtegern-Proletarier. DA Studentenpolitik (z.B.) die Politik sog. "Kleinbürger" ist und nichts "Proletarisches", das vielbeschworene Proletariat an sich, wie es heißt, sich noch nicht hat entschließen können, Subjekt der Geschichte zu sein, noch weitgehend in seiner Latenzphase verharrt, muß eben die Intellektuellenrevolte "Proletariat" spielen. Das erfordert e inen verdammt langen Marsch durch die Schulung. Ein längeres Zitat dazu aus dem Parvus-Papier: "Unsinnig wäre es, die bisher teilweise organisierten Schüler und Studeten insgesamt sofort für unmittelbare "Hilfsarbeiten" für das Proletariat einzusetzen. Der größte Teil der Bewegung im Schüler-Studenten-Bereich ist dazu von der Qualifikation und dem organisatorischen Bewußtsein her noch nicht in der Lage. Daraus folgert daß die längerfristige Arbeit im Schüler-Studenten-Bereich für diese Qualifizierung zu sorgen hat. Das Wesentliche dieser Qualifizierung wird zunächst in der Schulungsarbeit bestehen. Dabei müssen wir bedenken, daß den Schülern und Studenten die materielle Basis des kapitalistischen Herrschafts- und Ausbeutungssystems nicht über den Produktionsbereich auf der Stufe der sinnlichen Erfahrung vermittelt wird.
Der Schüler und Student hat nicht die Möglichkeit, über die unmittelbare sinnliche Erfahrung im Produktionsbereich zu rationalen Erkenntnissen aufzusteigen, er muß von der mittelbar un d ideologisch stark überfremdeten Erfahrung des Ausbeutungs- und Herrschaftssystems durch die verstärkte Aneignung der proletarischen Philosophie (historischer und dialektischer Materialismus) zur Erkenntnis des Wesens des Kapitalismus kommen. Das Erlangen einer rationalen Erkenntnis ist hier - im Gegensatz zum Proletarier - weitaus mehr mit ideologischem Kampf verbunden, ist weitaus weniger unmittelbar Erklärung von unmittelbarer Erfahrung, da der 'Apparat' der sinnlichen Erfahrung weitaus mehr von der Ideologie der Bourgeoisie verdorben ist.
Die Schulung muß die metaphysischen (undialektisch-statischen) und idealistischen Denkweisen aufbrechen und an ihre Stelle die dialektisch-materialistischen Denkweisen setzen."

Aller Beschwörung der Theorie-Praxis-Einheit zum Trotz wird Schulung zum Praxis-Ersatz. Eindeutig wird es in dem Lauermann-Papier ausgesprochen: "Wir müssen es lernen, Demonstrationen wie die am Samstag den Liberalen zu übertragen, um alle Kräfte auf unsere Praxis konzentrieren zu können". Schulung ist diese Praxis. Und durch Schulung soll die Zerfaserung der antiautoritären Bewegung ein- und überholt werden. Und die Schulungszirkel sind die Keimzellen der neuen "Orga-

nisation des Proletariats", weil in ihnen pro- tarische Wissenschaft betrieben wird und man sich dem Hauptbereich verpflichtet fühlt. Das klingt alles sehr logisch, sehr mechanistisch, nach Stundenplan.

Zunächst wollen wir versuchen, Klarheit zu gewinnen, was Schlung zu leisten habe laut Parvusianer Vorstellungen:

1. Die Einsicht in die Theoriearmut vieler Genossen (aber nicht generell in der antiautoritären Phase) berechtigt die Forderung nach gründlicher Schulung, auch im abstrakt theoretischen Bereich durch Aneignung der Grundbegriffe des historisch-dialektischen Materialismus. Inwieweit dies die "einfachen" Texte (z.B. "Lohnarbeit und Kapital") leisten können, kann hier nicht entschieden werden, zumal noch keine Gruppe inhaltlich ein Schulungsprogramm begründet hat und sich die Schulungsphase bisher nur durch funktional-programmatische Aussagen zu legitimisieren versucht hat. Und dies allerdings recht schlecht.

Die Aneignung von Grundbegriffen und Reflektionskategorien, die das kapitalistische System erklärbar und die sozialistische Revolution historisch ableitbar machen, ist in der Tat eine Grundbedingung für alle diejenigen, die die KLassenkämpfe vorwärtstreiben wollen. Dies gilt insbesondere für die sozialistische Intelligenz.

2. Es scheint allerdings, daß Schulung, wie sie bislang begründet wurde, ein weit umfassenderer Stellenwert für unsere Bewegung beigemessen wird. In der "Schulung" scheint die Aufhebung der antiautortären Phase ihr Mekka gefunden zu haben, sie scheint konstitutiv für die nach-antiautoritäre Politik. Schulungsarbeit, und dazu eine noch auf Theorien- und Grundbegriffsübermittlung reduzierte Schulung, wird sowohl organisierende, als auch theorefienbildende, als auch bewußtseinsstiftende Funktion zugemessen. Kaum und nur ansatzweise wird sie legitimiert im Zusammenhang praktisch politischer Arbeit.

3. Zentrale Bedeutung wird der Schulungsarbeit als organisationsstiftendes Moment beigemessen. Die wenigen in Hannover existierenden Gruppen sollen ihre "Praxis" nun vorerst darin sehen, sich zu schulen. Die Schulungsarbeit soll, so heißt es, das "Wesen der Gruppen" stärken und gestigen.

Es ist unbestritten, daß die Arbeit der verschiedenen Basis- und Projektgruppen Kontinuität erhalten muß und ihr Arbeitsstil sich ausrichten muß nach ihren klassenkämpferischen Aufgaben. Doch darf nicht übersehen werden, daß Gruppenkontinuität sich nur herstellen kann im politischen Kampf, genauer: in der Bestimmung der Grppenarbeit von den Erfordernissen der politischen Praxis her. Fehlt diese Dimension, so läuft die Revolution Gefahr, ein Gastmahl, ein Aufsatzschreiben, ein Bildermalen oder Deckchenstickenzu werden. Es ist nur natürlich, daß Lektüre von Büchern der Persönlichkeitsstruktur von Intellektuellen sehr entgegenkommt. Mit Väterchen Stalin als Identifikationsfigur läßt sich dann sehr wohl eine Ersatz-Praxis einrichten der 5-köpfigen Bücherstube.

Eine weitere Gefahr isolierter Schulungsarbeit - zumal wenn, wie es sich im Delegiertenprinzip andeutet, eine zentrale Diskussion mehr und mehr auf Kosten des Wesens von Gruppen verunmöglicht wird - ist zu sehen im Dogmatismus. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß die linke Bewegung stets Gefahr läuft, sich in Zirkel aufzulösen, die dann, je nach ihrem Markenzeichen marxistische Theoreme dogmatisieren und revolutionäre Praxis durch Zugehörigkeit in einer Gruppierung ersetzen, evt. noch durch heftige Befehdung gegen andere rivalisierende Grüppchen. (In Frankfurt gibt es inzwischen 6 (sechs) ML-Gruppen, in Frankreich noch viel mehr, außerdem noch Trotzkisten inner- und außerhalb der 4. Internationale, Situationisten, Luxemburgisten etc.etc.)

Die Gefahr der Dogmatisierung deutet sich nun auch im Hannoverschen SDS an, wenn z.B. - obwohl richtig erkannt wird, daß eine Analyse des Spätkapitalismus bislang erst in ersten Ansätzen erstellt sei - organisatorisch à priori Haupt- und Nebenbereiche politischer Praxis kategorial gesetzt werden.

Die Erkenntnis der Gefahr des Dogmatismus ernst nehemn kann aber für uns nur heißen: Stärkung des Wesens der Gruppen (was doch wohl heißt: Maximierung ihrer revolutionär politischen Effizienz) kann nur bedeuten, sie in einen zentralen Diskussionszusammen-

hang stellen, in dem alle organisatorischen, ideologischen und strategischen Fragen diskutiert werden. Das aber wiederum kann nur heißen: Stärkung der SDS-MV als oberstes verbindendes und verbindliches Diskussionsforum. Das Delegiertenprinzip dagegen bewirkt in diesem Falle gerade das GEgenteil, nämlich Paralysierung der unumgänglichen zentralen Dikussion.

Zunächst fließen - wenn auch nicht explizit ausgesprochen und nur schüchtern angedeutet - in die Schulungsdebatte emanzipatorische Bedürfnisse der in den Gruppen arbeitenden Genossen ein. Die Bedeutung kollektiver Arbeit - auch im intellektuellen und theoretischen Bereich - für Emanzipationsprozesse zu erkennen und zu fördern, wird weiterhin eine nicht unwesentliche Aufgabe sein (und auch die Konstituierung eines guten Arbeitsstils in einer Schulungsgruppe kann emanzipatorische Prozesse fördern). Schwierigkeiten scheinen nun aber genauso aufzutauchen wie in der aktionistischen Emanzipationsbegündung mit den Rädelsführern der Theorie. Man verdrängt die Problemaitk und wird realitätsblind. Doch es gilt zu erkennen, daß die theoretische "Privilegiertheit" einiger weniger Genossen ein Produkt der Organisationsform des Kapitals ist. DAß diese nun, nach Maßgabe informationstheoretischer Einheiten ihre Diskussionsbeiträge und ihre Stellung im Kommunikationsprozeß einschränken sollen, daß scheinbar harmonisch-gleichverteilte und organisierte Gleichberechtigung herrsche, wäre absurd. Die Bedeutung der belesenen und erfahrenen Genossen wird es sowohl in den Schulungskollektiven als auch in den zentralen Diskussionen sein, die Diskussion zu bestimmen, ihre Erfahrungen zu vermassen, nicht, um Autorität zu zementieren, sondern gerade um die Bedingung zur Aufhebung theoretischer Privelegiertheit zu schaffen durch Übermittlung von Reflexionskategorien.

Es muß erkannt werden, daß Schulung eine höchst pragmatische Angelegenheit ist, eine Art notwendiger Volksschule für die Bewegung. Schulung sollte darum nicht zum Gruppenfetisch hochstilisiert werden, zum gruppendynamischen Motor zur Behebung der zerfahrenen Gruppenstrukturen. Eine Funktion der Schulung wird es sein, Genossen auszubilden, die dann fähig sind, selber Gruppen zu rekrutieren. Wir haben in Hannover sehr wenige Gruppen. Wichtige Sektoren - wie z.B. die Hochschule - liegen noch völlig brach. Wir werden in Zukunft darum Schulungskollektive einrichten, einzig und allein unter dem Aspekt, Genossen zu befähigen, gerade in den noch nicht erfaßten Bereichen die Arbeit aufnehmen zu können.

Die Verkürzung der Schulungsdebatte als einzige Bedingungskonstante für Organisation, zeigt sich am deutlichsten in dem Papier der SBG. Politische Praxis kann dort überhaupt nur noch gesehen werden als Mechanik zur Organisierung quantitativ nachzählbarer Individuen. Einziges Erfolgskriterium wird somit die Beantwortung der Frage: was machen wir mit den mobilisierten Schülern? Diese Frage soll nun die Schulung lösen. Es wäre allerdings illusionär, nun anzunehmen durch die Lektüre einiger sog. "leichtverständlicher" Texte von Marx, Lenin oder MAO sei das Qualifikatonsniveau des avantgardistischen Kerns der SBG so gestiegen, daß dies sich automatisch umschlagen ließe in organisatorische Münze,. Entweder die Schulungsperiode erstreckt sich bis zum Tage X kurz vor dem Unendlichen, oder es muß ein Modell gefunden werden, das die Dialektik von Theorie und Praxis konkretisiert und darin auch die Grundschulung einzubauen versteht.

Unter diesem Aspekt ist die Ankündigung der Parvusianer, zu versuchen in "allen noch antiautoritären Gruppen" ihren taktischen Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß die Gruppen Schulungsarbeit leisten, schaff zu kritisieren. Zum einen haben die Parvusianer erst noch den Beweis zu erbringen daß sie die antiautoritäre Phase mittels historischer und materialistischer Kategorien zu analysieren in der Lage sind und sozialistische Politik nicht mit formalistischen Deduktionen verwechseln; zum andern nutzt es wenig, einen Verein Lohnarbeit-und-Kapital-Lesender zu stiften, ohne zu sagen, in welchem politischen Zusammenhang die Lektüre steht. Ein Programm der Grundschulung ist an der Frage zu messen, wie innig die Theorie mit der Praxis verbunden ist. Systematisch und in Verbindung mit der Praxis müssen sich die Genossen die Reflexionskategorien des historischen und dialektischen Materialismus aneignen, nicht losgelöst und getrennt von ihr. Wer erst eins, dann zwei sagt, erst fragmentarische Schulung, dann wieder ein bißchen Praxis der verstößt gegen das Grundprinzip aller marxistischen Theoretiker, die Einheit von Theorie und Praxis.

Das aber heißt: die zentrale Diskussion fördern und von daher bestimmen, welche Schritte wir zu tun haben, welche Texte wir zu erarbeiten haben; nicht aber metternichsche Praktiken des Einfluß-Gewinnens durch formale Gleichschaltung von Gruppen-"Praxis".

4. Eine zentrale Funktion unserer Praxis wird in Zukunft die Agitation haben. In der Bewältigung dieser agitatorischen Praxis wird sich zeigen, ob wir in der Lage sind, die Bewegung auf eine neue Ebene zu heben. Wir werden es uns kaum mehr leisten können, sprachlose Aktionen zu machen, die allein getragen sind von revolutionärer Begeisterung der Intellektuellen. Wir müssen alle Konflikte den lohnabhängigen Massen, sowohl, als auch den Schüler-Studenten erklären und begründen. Die Qualität der neuen Phase wird sich darin zeigen, ob es gelingt, die Isoliertheit des Kampfes der Intellektuellen zu durchbrechen. Dies gelingt weder dadurch, daß die Bewegung sich in Klausur einschließt und dem kleinbürgerlichen Selbstmißverständnis anheimfällt, die sozialistische Intelligenz dürfe keine substitutionalistische Aktionen mehr durchführen, noch dadurch, daß man organisatorische Sandkastenspiele durchprobiert, um ein fiktives Proletariat zu organisieren. Als neue Qualität unserer Praxis hatten wir bereits im ersten Teil (INFO 6, S.9) zwei Momente angegeben: 1. die Erfolgskriterien unserer Praxis müssen definiert sein (und entillusioniert dazu!) und 2. Wir müssen unsere Aktionen und Praxis genau erklären. Vor allem müssen wir den lohnabhängigen Massen zu einem Verständnis des Kampfes an der Universität führen.

Von dieser agitatorischen Notwendigkeit ist in den Schulungsbegründungen wenig zu finden (Nur die SBG deutet es an, daß Schulung die Fundierung für qualifizierte Agitationsarbeit zu liefern habe!). Schulung wird betrieben nicht als "praktische Schulung" (der LENIN in Was tun? eindeutige Prorität zumißt), sondern als theoretische Schulung. Bei den Parvusianern soll Schulungsarbeit direkt verschmelzen mit Erstellung spätkapitalistischer Theorienbildung und Strukturanalyse der Stadt (wobei unklar bleibt, inwiewiet dies identisch gesetzt wird, was allerdings verhängnisvoll wäre). Schulung verharrt also im Bezugsrahmen eines praxisfernen Projekts von sich proletrsierenden Intellektuellen. So gelingt es auch, Schulung unmittelbar zum Garanten für Organisation zu stilisieren. Durch Schulung, (und der in ihr erstellten Analyse) soll direkt abgeleitet werden, wie die Organisation der Betriebsarbeit aussehen soll. Hier scheinen wiederum zwei Fehleinschätzungen vorzuliegen:
1. Theorienbildung wird nach wie vor das "Privileg" einzelner Intellektueller sein und wird sich kaum in Schulungszirkeln verwirklichen, was natürlich nicht heißt, daß in den Schulungszirkeln theoretische Anaylsen nicht diskutiert werden sollen. 2. Die Bestimmung von organisatorischen Strukturen allein von theoretischer Einsicht her läuft Gefahr, direkt in die Arme des Dogmatismus hineinzurennen. Organisation wird sich bestimmen aus der Dialektik von Theorie und Praxis und kann nicht abgezirkelt werden in Schulungsgrüppchen, die sowohl "ihre" Theorie als auch "ihre" emanzipatorischen Anstrengungen als Privateigentum behandeln.

5. Die Fetischisierung des Schulungsansatzes zeigt sich am duetlichsten in der absurden Behauptung, daß Schulung die metaphysischen (undialektisch-statischen) und idealistischen Denkweisen aufzubrechen habe zugunsten dialektisch-materialistischer. Dies allerdings wird nur eine politische Praxis leisten können, die tehoretisch vermittelt ist, aber nicht der Vorgang des Aneignens einiger theoretischer Grundbegriffe. Auch der sozialistischen Intelligenz müssen wir sagen: "Ihr habt 15, 2o, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe durchzumachen, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu ändern und zur poliitschen Herrschaft zu befähgigen." (Marx). Die groteske Forderung, daß nun Schulung all das plötzlich leisten soll was nur die Totalität eines politischen Kampfes zu leisten in der Lage ist, nämlich Organisierung, Theorienbildung und Bewußtseinsbildung, leitet sich her von einer Idealisierung des Proletariats, das (obwohl wir wissen, wie entsinnlicht die Erfahrung der Arbeiterklasse ist) über den Produktionsprozeß kapitalistische Herrschaft und Ausbeutung sinnlich erführe und von - schon an Selbstkasteiung grenzender - Ideologiesierung der Intelligenz als Kleinbürger, die (obwohl sie angefangen haben in den Klassenkampf intensiv einzusteigen) verdorben sein sollen von bourgeoiser Ideologie. Die dogmatisierte Forderung nach proletarischen Organisationsansätzen verdekct unsere Möglichkeiten und ideologisiert die Schulungsproblematik zur Freimaurerpraxis.

"Wir schulen uns, wir wrden uns shhulen, wir werden geschult sein!". Aber Schulung wird nur zur revolutionären Produktivkraft werden, wenn sie im Zusammenhang mit unserer Praxis betrieben wird und geschichtsblinde Illusionierungen vermieden werden.

MATERIALIEN ZUM NATIONALEN UND INTERNATIONALEN IMPERIALISMUS
am Beispiel Südafrikas

1. Vom abstrakten zum konkreten Internationalismus

"Eine zweite revolutionäre Front gegen den Imperialismus in dessen Metropolen kann nur dann aufgebaut werden, wenn die anti-imperialistische Oppositionsbewegung lernt, die spätkapitalistischen Widersprüche politisch zu aktualisieren und den Kampf um revolutionäre Lösungen in Betrieben, Büros, Universitäten und Schulen aufzunehmen."

Diese These aus der Schlußerklärung des Vietnam-Kongresses in Westberlin im Februar 1968 kennzeichnet den Wendepunkt, den dieser Kongreß für die Studentenbewegung bedeutete: er war zugleich Höhepunkt und Abschluß der Phase des abstrakt-moralischen Internationalismus.

Der Protest, der in den Demonstrationen 1967 und 1968 zum Ausdruck kam, war moralisch und einigermaßen abstrakt, außerdem in seiner beanspruchten internationalistischen - solidarischen - Wirkung beschränkt, d.h. er äußerte sich symbolisch etwa gegen Amerika-Häuser oder war auf Anlässe wie Staatsbesuche etc. angewiesen. Die Empörung über die spektakulärsten Exzesse des Imperialismus überzuführen in eine allgemeine anti-imperialistische Kampagne gelang nur in Ansätzen.

Mit dem Vietnam-Kongreß wurde die Wendung zur Basis zum Zwecke der Aktualisierung der dort vorhandenen Widersprüche eingeleitet. Die Mobilisierung bislang unberührter Sektoren führte zwar zu einer Verbreiterung der Basis, doch wurde sie erkauft mit der Partikularisierung nicht nur des SDS, sondern auch der gesamten Bewegung. Mit der "Liquidierung" des abstrakten Internationalismus zeichnete sich die Tendenz ab, daß die Studentenbewegung ihren internationalistischen Bezug überhaupt verlor (und sich so natürlich dem internationalistischen Anspruch entziehen konnte). Immerhin hatte dieser abstrakte Internationalismus einen der wichtigsten Mobilisierungsfaktoren der Studenten- und Schülerbewegung dargestellt. Er hatte durch die provozierte Entlarvung des BRD-Staatsapparates zur Radikalisierung derer geführt, die an den Demonstrationen teilnahmen, und diejenigen militanten Protestformen entwickelt, die heute allenthalben angewandt werden.

Es geht nicht um die Zurücknahme der Wendung zur Basis, noch um die Rekonstruktion der Phase des abstrakten Imperialismus, auch nicht um eine voluntaristische Überspringung der Desorientierung und Partikularisierung, sondernum die erneute Vermittlung des Kampfes an der Basis im internationalen Zusammenhang des Klassenkampfes. Diese Vermittlung ist im Laufe des letzten Jahres offensichtlich abhanden gekommen. Spätestens beim Vietnam-Kongreß mußten wir begriffen haben, daß der Imperialismus von nun an konkret nur im anti-kapitalistischen Kampf an seiner Basis zu bekämpfen ist: wir haben zwar auch an der Basis gekämpft, dabei aber den internationalen Bezug, den Imperialismus, aus den Augen verloren.

In der aktuellen Situation gibt es die Möglichkeit, in Form einer zentralen Kampagne durch Zusammenfassung bisher partikularer Bereiche (Betriebsbasisgruppen, Gastarbeitermobilisierung, Uni-Basisgruppen, Justizkampagne, Mietkampagne etc.) Ansätze eines konkreten Internationalismus zu entwickeln, der die Erfahrungen der Phase des abstrakten Internationalismus in sich aufnimmt wie die inzwischen durch die einzelnen Gruppen entwickelte. Die Vermittlung von anti-kapitalistischem und anti-imperialistischem Kampf muß auf verschiedenen Stufen geleistet werden: die Kampagnen können einerseits im Hochschulbereich anknüpfen an die Diskussion über die Funktionsbestimmung revolutionärer Wissenschaft, andererseits in der Betriebsbasisarbeit auf Erfahrungen aus der Phase des "abstrakten Internationalismus" zurückgreifen (d.h. in einer Kombination von Aufklärung und direkter Aktion den zunächst nur moralischen Protest vor allem junger Arbeiter zu provozieren.

2. Der unmittelbare Gegensatz der Studentenbewegung zum westdeutschen Kapitalismus und Imperialismus

Eine weitere Kampagne zur Vermittlung von anti-kapitalistischem und anti-imperialistischem Kampf zielt gegen den BRD-Neokolonialismus in seinen spezifischen Formen der Auslandsinvestitionen und der "Entwicklungshilfe". Die Abstraktheit des alten Imperialismus war nicht zuletzt dadurch bedingt, daß er sich ausschließlich gegen den US-Imperialismus richtete, wohingegen der BRD-Imperialismus nicht greifbar wurde. Wir haben stets die Zweigstellen von Dow-Chemicals gesucht und nie gefunden, während KRUPP, AEG und SIEMENS etc. die Ausbeutung anderer Völker betrieben, bundesdeutsches Kapital offen und schamlos in der Dritten Welt seine Geschäfte macht und BRD-"Entwicklungshilfe" und Uni-Institute ihre konterrevolutionären kulturimperialistischen Aktivitäten entfalten konnten. IN UNTERSTÜTZUNG DER BEFREIUNGSBEWEGUNGEN GERÄT DIE STUDENTENBEWEGUNG IN UNMITTELBAREN GEGENSATZ ZU DEN WIRTSCHAFTLICHEN INTERESSEN DER BRD-MONOPOLE.

Die Verstärkung des Kapitalexports Westdeutschlands, besonders der direkten Auslandsinvestitionen, ist ein erstrangiges strategisches Anliegen der bestimmenden

räfte des westdeutschen Monopolkapitals. Die ntwicklung der letzten Zeit zeigt eindeutig, aß BRD-Konzerne begonnen haben, sich in grom Stil an der Ausbeutung fremder Völker zu eteiligen.

zu Abs im "Spiegel" (1/2, 6.1.69): "Meines achtens muß die Entwicklung dahin gehen, aß die deutsche Wirtschaft sich im Ausland ehr für eigene Rechnung engagiert. Und dies in doppelter Richtung: einmal zur Herstelung von Gütern für dritte Märkte... Zum zweien... aber auch... auf Gebieten, wo wir bisr nicht produzierten."

oppelte Richtung, das heißt hier Kapitalanage in den Industrieländern und Investitionen in den Entwicklungsländern, um die eigene rundstoffversorgung zu sichern, an den Riesenrofiten, die bei der Gewinnun g bzw. Förderung m Beispiel von Kupfer, Erdöl, Uran gemacht rden, teilzuhaben, sowie um neue Märkte aufbauen.

or allem Südafrika wird zusammen mit den porugiesischen Kolonien Mozambique, Angola und inea (B) zum Schwerpunkt westdeutscher Inestitionen in Afrika ausgebaut, obwohl es seit ahren eine starke internationale Bewegung für en Boykott des rassistischen Regimes in Südfrika gibt. Die UNO beschloß solche Maßnahmen ie Abbruch der diplomatischen Beziehungen, Einstellung von Rüstungslieferungen, Handelsboykott, Unterlassung von Kapitalanlagen u.a.m.

iese Maßnahmen blieben jedoch bisher ohne durchgreifende Wirkung, da die Hauptpartner des "gechteten" Regimes, die großen imperialistischen ächte, die geforderten Sanktionen zurückwiesen der umgingen. Typisch hierfür sind die westeutsch-südafrikanischen Beziehungen. Allein eit die UNO den wirtschaftlichen Boykott Südfrikas im Jahre 1961 beschloß, erhöhte sich ie westdeutsche Einfuhr aus Südafrika bis 1968 on 36o auf 982 Mio DM, die westdeutsche Ausuhr dabei von 552 auf 1.418 Mil DM jährlich. n zahlreichen Fällen wurden von Südafrika für ndere Länder vorgesehene Aufträge nach Westeutschland umgeleitet, weil das ursprüngliche uftragnehmerland an der Apartheidpolitik Kriik übte oder einen Teilboykott verhängte. Auch ie westdeutschen Kapitalanlagen in Südafrika tiegen beträchtlich. Nach Angaben der (West)eutsch-Südafrikanischen Kammer für Handel und ndustrie erhöten sie sich von 6o Mio DM im ahre 1956 auf 63o MIO DM in vergangenen Jahr 1968). (Vgl. DWI-Berichte, 4/1969, S.25)

anz besonders fühlt sich die BRD bei ihren edürfnissen nach Uran von Südafrika angezoen, das den Sperrvertrag nicht unterzeichnet. ie Brennstoffversorgung wäre nur gesichert, wenn ein Hauptlieferant von Natururan (etwa anada oder Südafrika) dem Abkommen nicht beiräte", schreibt der Industriekurier vom 13. März 1969, und der Münchner Merkur vom 23. April 69 versichert: "Der Abschluß langfristiger Lieferverträge mit Staaten, die dem Vertrag nicht beitreten wollen und also keinen Beschränkungen unterliegen (Beispiel: Südafrika) ist ins Auge gefaßt."

3. Die rassistische und kolonialistische Struktur des Südafrikanischen Regimes

Fläche: 1 224 378 qkm - davon 87" im Besitz der 3,5 Mio Weißen und 13% im Besitz der 13 Mio Farbigen. Der Blick auf die wirtschaftsgeographische Karte des Landes zeigt zudem, daß es seinen Reichtum nicht der Landwirtschaft, sondern den Bodenschätzen verdankt, und die befinden sich ausgerechnet nicht unter dem Ackerboden der Farbigen, sondern unter dem Boden der Weißen. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen verhält sich wie 18 : 1 zugunsten der Weißen.

Die Basis des "weißen Wirtschaftswunders" in Südafrika ist einmal die Unterstützung (und Abhängigkeit) durch die imperialistischen Metropolen (wichtigste Außenhandelspartner: Großbritannien, USA, BR Deutschland, Japan, Frankreich, Italien) und zum zweiter die rücksichtslose und brutalste Ausbeutung des südlichen Afrika, besonders der portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique. Die portugiesischen Kolonien werden von der südafrikanischen Bourgeoisie auf zwei Weisen ausgebeutet: einmal durch die Zwangsrekrutierung afrikanischer Arbeiter aus Mozambique für die südafrikanischen Gold- und Diamantenminen und zum zweiten durch die völlige Degradierung zum bloßen Energielieferanten für den faschistisch-rassistischen weißen Block im Süden (Südafrika und Rhodesien).

Schon 19o9 wurde zwischen Südafrika und Portugal ein Vertrag über die Zwangsrekrutierung farbiger Arbeiter aus Mozambique für die südafrikanischen Minengesellschaften ausgehandelt, nach dem im wesentlichen auch heute noch vorgegangen wird. Die unmenschlich harte Arbeit in den Minen verschleißt zu Tausenden schwarze Arbeiter, die nur zum Teil aus Südafrika selbst kommen. Dazu der Vorsitzende der Anglo-American Corporation, Harry Oppenheimer, im Dezember 1969: Südafrika bilde absichtlich 8o% seines Arbeitskräftepotentials nicht aus und lasse es brachliegen (Süddeutsche Zeitung vom 3.12.69). Nun läßt Südafrika diese 8o% Arbeitskräfte natürlich nicht "brachliegen", sondern nutzt es sehr wohl: diese 8o% werden in den Minen "zivilisiert". Weil der Arbeitskräftebedarf aber größer ist, werden die übrigen Arbeiter eben in Mozambique zwangsverpflichtet. Heute sieht dieser Mechanismus so aus, daß Südafrika Anwerbungskonzessionen für das Gebiet

Druck- und Verlagskooperative
Heidelberg - Frankfurt - Hannover - Berlin
6 Frankfurt/Main 1, Untermainanlage 9

Schriften zu Revolution und Produktion

Hans Müller

Der Klassenkampf und die Sozialdemokratie

Zur Geschichte der "Jungen" — der linken Opposition (1870—1890)

Artur Staffelberg

Revolutionäre und reformistische Politik in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

210 Seiten, leinenkaschiert, DM 8,50

Furio Cerutti, Detlev Claussen, Hans Jürgen Krahl,
Oskar Negt, Alfred Schmidt

Geschichte und Klassenbewußtsein heute

Eine Diskussion über das Werk von Georg Lukács
mit einer Dokumentation der

Rezensionen und Stellungnahmen zu Georg Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein

Ernst Bloch, Abram Deborin, Paul Eppstein, Antonio Gramsci, Jürgen Habermas, Karl Korsch, Georg Lukács, Siegfried Marck, Maurice Merleau-Ponty, Josef Révai, Ladislaus Rudas, Gregori Sinowjew
ca. 350 Seiten, leinenkaschiert, Januar 1970

Kleine Agitationsbroschüren

Rudi Dutschke

Ausgewählte und kommentierte Bibliografie des revolutionären Sozialismus von Karl Marx bis in die Gegenwart
mit einer selbstkritischen Vorbemerkung von Rudi Dutschke (1969) und einem kommentierten Register der Neuerscheinungen von 1966 — 1969 von Alfred Krovoza
70 Seiten, DM 1,50

Autorenkollektiv "La Classe"

Die Streiks bei Fiat in Turin 1969
mit einem Vorwort für Arbeiter, Schüler, Studenten und italienische Arbeiter in der BRD
italienisch — deutsch
ca. 90 Seiten, DM 1,50 (Dezember 1969)

ARBEITER SCHÜLER u. STUDENTENLOKAL
HINTER'M BAHNHOF
ALTE CELLER HEERSTR. 42
AM WEISSEKREUZPLATZ
BLOCKHÜTTE
ZWIEBELSUPPE 1.50
STEAK 4.50
BAUERNWEIN 80
TÄGL. 19°°_1°°, FREITAGS LÄNGER, GEÖFFNET
INFOWAND

Auf den nächsten MV's werden Bezugskarten ausgegeben, mit denen man bei der Buchhandlung B E C K E R , Alte Celler Heer Straße 32, die NK (Neue Kritik), die Bücher des Verlages Neue Kritik, die Organisationsausgaben des Trikont-Verlages und die Bücher der Verlags- und Druckkooperative verbilligt zum Genossenpreis kaufen kann.

is zum 22. Breitengrad hat und Rhodesien im ebiet nördlich davon bis zum Sambesi für die weißen" Plantagen Arbeitskräfte rekrutiert. as führt dazu, daß mehr als 2o% der arbeitsähigen Bevölkerung Mozambiques "Wanderarbeiter" ind (nur als Marginalie zum portugiesischen olonialismus: die Wanderarbeiter müssen mindestens 5o% ihrer Löhne in Gold an die portuiesische Kolonialbehörde abführen; dieser ohn wird ihnen erst nach Ablauf von 18 Monaen unter Abzug hoher Steuern und ohne Zinsen rückgezahlt. Dadurch macht das Kolonialreine große Devisengewinne und bindet die "Wanerarbeiter" zudem noch fest an ihre südafrinischen Ausbeuter).

964 forderte Verwoerd, damaliger südafrikaniher Ministerpräsident, einen gemeinsamen arkt für den Süden Afrikas (SACOM), dem angehöen sollten: Südafrika, Rhodesien, Mozambique, ngola und die "unabhängigen" afrikanischen taaten Lesotho, Swaziland, Botswana, Malawi nd Sambia. Diese angeblich unabhängigen chwarzen" Staaten sind sowieso schon ökonoisch völlig von Südafrika und Rhodesien abängig, mit SACOm sollte diese Abhängigkeit r noch verstärkt und zementiert werden. Im elben Jahr (1964) wurde zwischen Portugal nd Südafrika ein Vertrag über verstärkte irtschaftliche Zusammenarbeit abgeschlossen.

Afrika beteiligt sich mit 2 Mio Rand (1oo and = ca. 64o DM, o.G.) an der Finanzierung es Cunene-Gove-Dammes. Dieses Wasserkraftwerk entsteht wie der Matala-Damm, an dem Südfrika auch beteiligt ist, in Angola nahe der üdwestafrikanischen Grenze und soll den größen Teil des erzeugten Stromes zur Entwicklung üdafrikanischer industrieller Projekte nach üdafrika liefern. Südwestafrika war bis 1966 üdafrikanisches Mandat. Im Oktober 1966 wurde as südafrikanische Mandat über Südwestafrika on der UNO-Vollversammlung als beendet erlärt und Südwestafrika direkt den UN unterstellt. Trotzdem gaben die südafrikanischen assisten dieses Mandat nicht ab und halten üdwestafrika auch heute noch widerrechtlich esetzt, um das Land weiter ausbeuten zu könen.

as größte Projekt zum gemeinsamen Elektroundnetz der imperialistischen und rassistichen Staaten im Süden Afrikas ist der CABORAASSA-DAMM, der 55o im von der Sambesi-Mündung in der Provinz TETE in Mozambique entsteht. (Vgl. INFO 18, S. 11 ff, die Red.) Cabora-Bassa wird der größte Staudamm Afrikas und der iertgrößte der Welt werden. An seiner Finanierung ist ein internationales Konsortium ßgebend beteiligt, dem u.a. französische, chwedische (ASEA), südafrikanische (Anglo-American Corp.) und deutsche (Siemens, AEG, Voith BC und Hochtief) Firmen angehören. "Die Siemens AG, die bereits an dem 15o Mill.-Pfund-Projekt des Cabora-Dammes in Mozambique beteiligt ist, konnte jetzt ihre Beteiligung um rund 16 Mill. Pfund erweitern" (Handelsblatt Nr. 233 vom 4.12.69, S. 6).

Mit der Fertigstellung der ersten Stufe des Projekts (1971) wird der Damm eine Kapazität von 17 Mrd. Kilowattstunden im Jahr haben. Davon sollen rund 9o% nach Johannesburg geliefert werden, denn Südafrika hat heute große Schwierigkeiten mit seiner Energieversorgung, besonders im Industriezentrum von Transvaal. Nach vollständiger Fertigstellung (vorher muß der Sambesi erweitert werden) wird Cabora Bassa 45 Mrd. Kwh liefern (und damit das größte Kraftwerk der Welt sein), von denen 35 Mrd Kwh nach Südafrika gehen und nur 0,19 Mrd Kwh in Mozambique bleiben sollen (Prof. Georg Niemeier im "Internationalen Afrikaforum", März 1965). Der Rest wird nach Rhodesien und Malawi geliefert werden. Die Fertigstellung dieses Dammes hat riesige Konsequenzen sowohl für den internationalen Imperialismus, den portugiesischen Kolonialismus und die nationale Befreiungsfront Mozambiques (FRELIMO). Erstens können dann die großen Bodenschätze am Sambesi (u.a. Kohle, Uran, Kupfer, Eisen, Magnetit, Asbest Beryllium, Kolombit, Bauxit, Nickel, Gold) für die kapitalistischen Metropolen ausgebeutet werden, zweitens hat der faschistische weiße Block in Sachen Energieversorgung keinen Kummer mehr und drittens will Portugal ca. 1 Mio weiße Portugiesen in dem Gebiet um den Damm ansiedeln, die einmal die besten Garanten der portugiesischen Kolonialherrschaft in Afrika wären und den Kampf der afrikanischen Völker um Freiheit, Unabhängigkeit und Sozialismus unendlich erschweren würden; außerdem würde das portugiesische Regime mit dieser Maßnahme auch die verelendeten Bauern in Portugal selbst zu "befrieden" versuchen.

Zur Zeit arbeiten über 3.ooo Afrikaner und 75o Europäer am Cabora Bassa, die von portugiesischem und südafrikanischem Militär bewacht werden. Im Gebiet rund um den Damm sind ca. 1o.ooo portugiesische und südafrikanische Soldaten stationiert.

Zur militärischen Kooperation von Südafrika, Portugal und Rhodesien

Diese militärische Kooperation soll die wirtschaftliche Kooperation des weißen Blocks absichern. Es gibt seit 1962 gemeinsame Stabsbesprechungen der Militärbehörden, gemeinsame Anti-Guerilla-Aktionen, den gemeinsamen militärischen Schutz der verschiedenen Staudamm-Projekte (Cabora-Bassa in Mozambique, Matala- und Cunene-Gove-Damm in Angola), es gibt gemeinsame Militärstützpunkte, wie z.B. den Militärflughafen Luso in Distrikt MOXIKO in Angola, der mit westdeutschem Kapital (3oo Mio

DM) finanziert wurde und von portugiesischen und südafrikanischen Technikern gebaut wurde. Es ist für Südafrika selbstverständlich, daß es zur Absicherung des rassistischen Blocks sein gesamtes militärisches Potential, bis hin zur Fernlenkrakete und zu angestrebten Kernwaffen, einsetzen wird. (Der Rüstungshaushalt Südafrikas betrug 1964 über 1,4 Mrd. DM und hat sich von 196o bis 1964 um 4oo % gesteigert!)

Gerade weil die Konsequenzen eines fertiggestellten Cabora-Bassa-Dammes für die Befreiung des Südens Afrikas von Kolonialismus und Imperialismus so schwerwiegend sind, hat die Befreiungsfront Mozqmbiques, die Frente de Libertacao de Mozambique, FRELIMO, diesem Projekt den Kampf angesagt und eine neue Front im Norden der TETE-Provinz eröffnet.

4. Westdeutsche Investitionen in Südafrika

Konzerne wie BASF, HOECHST, BAYER, SIEMENS etc. liegen weit an der Spitze westdeutscher Kapitalexporte. Die Nachrichten von einem Zeitruam von nur wenigen Monaten mögen verdeutlichen, welche Ausmaße die Welle des Kapitalexports nach Südafrika erreicht, die die Monopole in Bewegung gesetzt haben:

Mit der Eröffnung der 2o. Auslandsfiliale der DRESDNER BANK AG in Johannesburg im November 1968 sind in Südafrika über 3oo westdeutsche Unternehmen tätig.

Die VW-Tocher VW OF SOUTH AFRICAN LTD. in der Kap-Provinz geht für 1969 mit der Montage von 34.ooo (Steigerung von 25% gegenüber dem Vorjahr) Wagen einem Rekordergebnis entgegen. Der Marktanteil liegt 15% gegenüber 12% vor drei Jahren (Süddeutsche Zeitung vom 3.12.69).

Unter Lizenz von KLÖCKNER-HUMBOLDT-DEUTZ AG werden in der Provinz Natal Dieselmotoren produziert. Die Investitionen betragen 16,8 Mio DM (Industriekurier, 1o.4.69)

Die SIEMENS AG gründete 1968 einen Zweigbetrieb für Nieder- und Hochspa-nungsgeräte in Isando bei Johannesburg; Investitionen 5,6 Mio DM (DWI-Berichte, 8/1969).

Die GELSENKIRCHENER BERGWERKS AG wurde im April 1968 Partner einer Erdölkonzession i Südafrika; Investitionen unbekannt (ebenda

KLÖCKNER & CO: Mehrheitsbeteiligung an Sou West African Lithium Mines Pty.Ltd.; Lithi Aufbereitungsanlage in Karibi/Südwestafrik

FARBWERKE HOECHST AG ist beteiligt an der Gründung der "Hymat", Heavy Media Material Pty.Ltd., Johannesburg; baut in Kookfontei Produktionsstätte für Ferrosilizium zur Er aufbereitung und Diamantengewinnung (Jahre kapazität zunächst 3ooo t.

THYSSEN-KONZERNE: Mehrheitsbeteiligung an Ltd., Germiston/Transval. Produzent von St und Zementrohren.

LINDE AG, Wiesbaden: zusammen mit Federale Volksbeleggings Gründung der Fedgas (Pty.) Ltd. Produktion und Vertrieb von Industrie- gasen und Schweißgeräten; bis 197o 33,6 Mi DM Investitionen.

HOECHST AG: Inbetriebnahme der Trevirafabri Milmer Town bei Kapstadt. Anfangsproduktion 3ooo Jahres tonnen.

DEUTSCHE BANK AG: u.a. Vertretung in Johann

FARBENFABRIKEN BAYER AG: Übernahme der Chro Chemicals Ltd., mit einer anderen ausländi- schen Gruppe. Produziert Chrom-Chemikalien Merebank/Batal. Damit besitzt Bayer 6o ausl dische Fabrikationsstätten.

SIGRI ELEKTROGRAPHIT (Hoechst AG und Siemen AG je 5o%): Beteiligung von 26% an Electrod Maatshppy van Suid - Afrika (Eienddoms) Pe- perk (AMSA, Kookfontein bei Meyerton. Produ tion von 5ooo Jahrestonnen Graphit-Elektrod Investitionen 33,6 Mio DM

VARTA AG (Quandt-Gruppe): 52% Beteiligung a International Bateries Corporation, Rossly bei Pretoria. Produktion von Batterien. Inv stitionen: 5,6 Mio DM.

Internationalismusgruppe des SDS, Hochschulgruppe Marburg

Anläßlich der Vietnamaktionen sind innerhalb der westdeutschen und westberliner Linken aktuelle Diskussionen über das Prblem des Internationalismus geführt worden, deshalb drucken wir noch einmal einen Beitrag zu diesem Problem ab.
Wir haben diesen Artikel der Frankfurter "Sozialistischen Correspondenz" entnommen.

GENERALDEBATTE:

Auf der MV am 3.12. wurde über die Notwendigkeit und die Funktion einer Generaldebatte für die hannoverschen Basis- und Projektgruppen diskutiert.
Es wurde beschloßen, in der nächsten Zeit eine Generaldebatte durchzuführen; die MV's vor dieser Generaldebatte sollen zur inhaltlichen Vorbereitung dienen.

Die INFO-Redaktion wird zur theoretischen Vorbereitung ein Sonder-INFO herausbringen, in dem verschiedene wichtige Beiträge abgedruckt werden sollen:

Oskar Negt	: Politik und Protest (Probleme sozialistischer Politik 10) Verlag Neue Kritik Frankfurt
Joscha Schmierer	: Zur Analyse der Studentenbewegung (Rotes Forum 5/69 Heidelberg)
Karl-Heinz Roth	: Joscha Schmierers Marsch in die syndikalistische Sackgasse (APO-PRESS 22/23 1969 Hamburg)
Hans Jürgen Krahl	: Thesen zum allgemeinen Verhältnis von wissenschaftlicher Intelligenz und proletarischem Klassenbewußtsein (INFO 6/69 Hannover)
Semmler/Neitzke/Horlemann	: Die erste Etappe des Aufbaus der Kommunistischen Partei des Proletariats -Thesen- RPK 43/44/45 1969 Berlin)
Organisationspapier der ML	: Die marxistisch-leninistische Organisation in Angriff nehmen (RPK 43/44/45 1969 Berlin)

Der Termin der Generaldebatte wird vor einer zu erwartenden ÜSTRA-Fahrpreiserhöhung liegen müssen, wahrscheinlich Mitte Februar.
Vor der Generaldebatte liegen noch die Arbeitskonferenzen der Aktionsgruppe Hannoverscher Lehrlinge (AHL) und der Betiebsprojektgruppe, die wahrscheinlich im Januar und Anfang Februar stattfinden werden.

Die erste Etappe des Aufbaus der Kommunistischen Partei des Proletariats

(Letzte, 9., These des oben genannten Artikels von Semler, Neitzke, Horlemann u.a.)

9. Die Rote Hilfe

Historisch folgte der Aufbau der roten Hilfsorganisationen der revolutionären Entwicklung der Klassenkämpfe. Denn die Arbeitermassen brachten die Erfahrung des Terrors der staatlichen Apparate, den Verrat von Gewerkschaften und SPD erst hinter sich, ehe sie daran gingen, die Internationale Rote Hilfe und die Internationale Arbeiterhilfe als Massenorganisationen auszubauen.
Als die Studentenrevolte die westdeutschen Universitäten ergriffen hatte, brachte auf der Delegiertenkonferenz des SDS 1967 die KP-Gruppe eine Resolution ein, die zur Gründung einer Internationalen Roten Hilfe aufforderte. Der unvermittelt abstrakte, organisatorisch auf eine Volksfront-Honoratioren-Vereinigung herauslaufende Inhalt der Entschließung machte es leicht, über sie hinwegzugehen. Die historisch berechtigte Fragestellung, die von der Konferenz nicht untersucht wurde, war aber die: welche Möglichkeiten haben sozialistische Intellektuelle, angesichts der unentwickelten Klassenkämpfe die Arbeitermassen gleichwohl zu unterstützen. Falls dies in organisierter Form geschieht, wie verhält sich diese Organisation zur revolutionären Partei der Arbeiterklasse? Welche Etappen durchläuft diese Organisation, wenn Teile der Arbeiterklasse zu kämpfen beginnen? Mit der Verschärfung des Kampfes gegen die Staatsapparate insbesondere nach dem Attentat auf Rudi, orientierten sich die Vorstellungen Roter Hilfe im wesentlichen auf den Schutz der Demonstranten. Gleichzeitig begannen revolutionäre Intellektuelle darüber nachzudenken, wie sie ihre Fähigkeiten am besten für die Arbeiterklasse einsetzen könnten.

In diesen Überlegungen spielte die Theorie der proletarischen Gegenmacht und Gegenkultur eine bestimmte Rolle. Der richtige Ausgangspunkt war dabei, daß es dem Monopolkapitalismus gelungen war, die Bastionen der Arbeiterklasse in den proletarischen Vierteln der Großstädte zu zerschlagen. An diese Tatsache knüpften sich aber Hoffnungen, die auf einer Wiederbelebung der proletarischen Kultur und die Einrichtung von Gegenmacht-Institutionen setzte. In solche Pläne war das linke Kino im Arbeiterviertel ebenso eingebaut wie der linke Kindergarten. Das Fehlerhafte solcher Projekte lag nicht primär in ihrer Betonung proletarischer Kultur sondern darin, daß sie nicht mit den einzelnen Etappen des Organisierungsprozesses der Arbeiterklasse verbunden wurde, letzlich also im Fehlen eines begründeten Konzepts der revolutionären Partei. So konnten Tendenzen entstehen, die in der Verwirklichung von Ladenprojekten ein Instrument zur Organisierung der Arbeiterklasse sahen. Die Schwierigkeit besteht nun darin, das Verhältnis von Hilfsorganisation, Entfaltung des Klassenkampfs, Konsolidierung revolutionären Bewußtseins und revolutionärer Partei für die nächste Etappe richtig zu bestimmen. In den folgenden Thesen soll der Versuch gemacht werden, die ersten praktischen Schritte im Hinblick auf diesen Prozeß zu nennen.

I. Die Planung und der Aufbau einer Solidaritätsorganisation der Kommunisten muß sich eng an die Entwicklung der Klassenkämpfe in der BRD, an die Bedürfnisse des Proletariats anlehnen und muß in Rechnung stellen, welche besonderen Hilfsleistungen die mit dem Proletariat verbündeten, ihm dienenden Intellektuellen aufgrund ihrer beruflichen Qualifikation erbringen können. Die Septemberstreiks, exemplarisch der Streik an der Kieler Howaldtwerft, beweisen, daß :

1. die Gewerkschaften zukünftig spontane Streiks nicht mehr legalisieren werden, sondern im Gegenteil offen auf die Seite der Regierung treten werden, um solche Streiks niederzuschlagen, daß

2. die streikenden Arbeiter unter dem Druck nicht nur der Konzernbürokratie, sondern auch der Staatsbürokratie geraten (Weigerung des Bunds als Kapitalisten, die Krankenbeiträge fortzuzahlen). Es scheint klar, daß eine Solidaritätsorganisation nicht in absehbarer Zeit die Hilfe- und Schutzfunktionen der Gewerkschaften übernehmen kann. Insbesondere der Versuch, während des Kieler Streiks die verweigerten Krankenkassenbeiträge auf dem Wege von Sammlungen aufzubringen, erwies sich als vergeblich. Die Hilfe, die eine Solidaritätsorganisation im Klassenkampf leisten kann, besteht wesentlich aus Propaganda und der Einrichtung von Notdiensten. Das bedeutet im wesentlichen Bildung von Kollektiven von Ärztten, Juristen und Propagandisten.

In der Phase der aufbrechenden Klassenkämpfe fehlt den revoltierenden Arbeitern oft die einfachste technische Ausrüstung wie Megaphone, Abziehmaschinen etc. Zudem geht viel Zeit dadurch verloren, daß erst umständlich mit der Belegschaft anderer Werke der gleichen Branche oder Region Verbindung aufgenommen werden muß. Propagandatrupps sind in der Lage, bei der Organisation von Versammlungen, beim Druck von Flugblättern und Zeitungen zu helfen und gleichzeitig über den Stand der Kämpfe in den anderen Werken zu berichten. Die Propagandatrupps beziehen die Arbeiter anderer Werke ferner die Frauen und Kinder der Region in den Klassenkampf ein, versuchen also mitzuhelfen, eine Isolierung der Streikenden zu verhindern.

Bei Massenaktionen des Proletariats zur Sicherung seiner Lebensbedingungen (Kampf gegen Mieterhöhungen, Verkehrs-Tarife, Schulstreiks, Kampf gegen Sozialbürokratie) ist die organisierende Wirkung von Propagandatrupps entscheidend. Die Versäumisse von Hannover, wo eine gezielte Agitation unter jungen Arbeitern und Lehrlingen möglich gewesen wäre zeigen die künftige Richtung der Arbeit.

In den Propagandakollektiven sollte das notwendige Maß an Spezialisierung und Arbeitsteilung beachtet werden. Techniker und Filmer sollten an ihnen teilnehmen.

Die Ärztte und Kindergärtnerkollektive richten einen Notdienst ein. In den großen Städten muß dafür agitiert werden, daß die linken Ärztte einer Krankenhausabteilung verpflichten, streikende Arbeiter kostenlos zu behandeln. In kleinen Städten versorgt ein mobiles Artztkollektiv die kranken Arbeiter, besorgt ihnen die dringendsten Medikamente etc. Kollektive sozialistischen Kinderläden machen Propaganda unter den Arbeiter-Eltern und prüfen die Möglichkeiten für die Errichtung proletarischer Kinderläden. Abgesandte der Anwaltskollektive bzw. der Mitglieder der Roten Zellen eröffnen eine Beratungsstelle, unterrichten die Arbieter über ihre juristischen Möglichkeiten und treiben Propaganda, die gegen das bürgerliche Rechtssystem auf Betriebsebene gerichtet ist. Überall, wo Universitäten oder Hoch- und Fachschulen mit Mensen vorh anden sind, werden die Arbeiter zum Besuch dieser Mensen eingeladen, soweit dies erkämpfbar und finanzierbar ist. Wie in Kiel geschehen, müssen sich die studentischen linken Organisationen voll in den Dienst des Streiks stellen. Für die Propagierung dieser Forderungen trägt ebenfalls das Propagandakollektiv die Verantwortung.

DIE RECHTSHILFE

Sie war bislang eine überwiegend studentische Angelegenheit und funktionierte halbwegs nur als Genossenschutz bei Prozessen (Bereitstellung und Finanzierung von Anwälten). Innerhalb der Roten Hilfe werden Kommunisten mit juristischer Ausbildung im wesentlichen drei Aufgaben haben:

1. Sie beraten die Grundorganisationen der revolutionären Organisationen in allen juristischen Fragen, die den Kampf auf Betriebsebene betreffen und unterstützen die Massen im täglichen Kampf für die Verbesserung ihrer unmittelbaren Lebensumstände (Mietagitation, Kampf gegen Teuerung).

2. Gleichzeitig müssen die Genossen eine systematische Propaganda entfalten, die den Zwangscharakter der staatlichen Institutionen im Kapitalismus aufzeigt. Sie müssen den Arbeitern die Funktion der Gerichte erklären, allgemein müssen sie die Notwendigkeit begründen, den kapitalistischen Staatsapparat zu zerschlagen. An ihnen liegt es, die Forderung nach der Diktatur des Proletariats den Arbeitern begreiflich zu machen, sinnlich von Augen zu stellen.

3. In einer Solidaritätsorganisation arbeitende Anwaltsgenossen müssen weiterhin die Verteidigung von Genossen vor Gericht übernehmen. Bei einer Verschärfung des Klassenkampfes wäre es naiv, sich auf die bessere Reputation linksbürgerlicher Anwälte zu verlassen. Tritt schließlich die Staatsgewalt offen terroristisch auf, nimmt kein bürgerlicher Anwalt mehr das Risiko auf sich, nach dem Angeklagten selbst ins Gefängnis zu wandern.

DIE AGITATION VON STRAFGEFANGENEN

Diese Arbeit wurde verfrüht in Angriff genommen und übersteigt gegenwärtig die Kräfte der Linken. Statt die Strafgefangenen zu politisieren, also im sozialistischen Sinne zu beeinflussen, sind die in diesem Sektor arbeitenden Genossen eher in Gefahr, Opfer eines bürgerlich-krimi - nellen Milieus zu werden. Hilfe und Erziehung setzt eine funktionierende revolutionäre Organisation voraus. Diese Erfahrungstatsache darf aber nicht dazu führen, wieder in den alten Fehler zu verfallen, und sich den bürgerlichen Begriff des Kriminellen zu eigen zu machen. Die Propaganda in den Strafanstalten muß verstärkt werden, darf aber nicht in dem Versprechen münden, daß die Solidaritätsorganisation imstande wäre, umfassende Hilfe für die Entlassenen zu gewähren. Keine Hilfsorganisation ist imstande, daß, was die bürgerliche Gesellschaft den Strafgefangenen zugefügt hat, als Kollektiv zu heilen.

Die Fürsorge muß im Rahmen des Projekts einer revolutionären Jugendorganisation diskutiert werden, wie die Kinderläden nur im Rahmen des Projekts einer revolutionären Kinderorganisation diskutiert werden können.

Für die Ärzte und Apotheker gilt im besonderen, daß sie innerhalb der Solidaritätsorganisation in der Hauptsache davon ausgehen müssen, wie sie mit ihren Fähigkeiten dem Volk dienen können. Es kann nicht die Aufgabe von Ärztekollektiven sein, in erster Linie als kommunistische Propagandisten zu wirken. Die Aufforderung Mao-Tse-Tungs an die Intellektuellen, dem Volk zu dienen, erweitert entscheidend das bisherige Konzept kommunistischer Propaganda. Durch ihre praktische Hilfe zeigen die Kommunisten beispielhaft, wie in einer sozialistischen Gesellschaft die menschlichen Beziehungen sich auf der Basis von Kollektivität und Solidarität entwickeln werden. Sie zerstreuen durch praktische Tätigkeit die berechtigte Furcht des Proletariats, daß sich nach dem Sturz der kapitalistischen Ordnung eine neue Klasse von Parasiten bilden könnte. Für die Intellektuellen schließlich bildet der Entschluß, dem Volk zu dienen, eine sichere Barriere vor Mitläufern und modischen Marxisten, die sich weigern, an einer verantwortlichen sozialistischen Praxis teilzunehmen. Ärztekollektive, die sich innerhalb der Solidaritätsorganisation vereinigen, müssen klar sehen, daß sie als Kollektiv nicht die Aufgaben einer revolutionären Organisation übernehmen können. Ihre kollektive ärztliche Tätigkeit ist ihr wesentlicher Beitrag zur Organisation. In zweiter Linie werden sie propagandistisch auf Gebieten wie der Sexualaufklärung tätig sein. Den Genossen Ärzten ist mit den Lehrern gemein, daß ihre berufliche Praxis Ansätze zur Entfaltung einer innerinstitutionellen Klassenkampfstrategie bietet. Da in den Schulen und Krankenhäusern die Möglichkeit besteht, Massenarbeit zu leisten und die Institutionen zu bekämpfen, ist es notwendig, auf der Ebene dieser Institutionen proletarische Grundorganisationen zu bilden. Diese Zellen erarbeiten gemeinsam mit den in der Solidaritätsorganisation tätigen Genossen eine Strategie der Entlarvung und Lahmlegung der genannten staatlichen Institutionen aus, die revolutionäre Organisation berücksichtigt bei der Ausarbeitung einer nationalen Strategie diese Strategie-Elemente. Wir müssen grundsätzlich die Auffassung bekämpfen, nach der eine Tätigkeit im Dienst des Volkes mit reformistischer Sozialfürsorgerei gleichgesetzt werden könne.

Die Solidaritätsorganisation muß sich von vorneherein als internationale verstehen.

Bei der Organisation von selbstständigen Vereinigungen der ausländischen Arbeiter in der BRD können in der Solidaritätsorganisation tätige Gruppen Hilfsarbeiten übernehmen. Sie können ihre Sprachkenntnisse und sofern sie Studenten sind, ihre größere Beweglichkeit einsetzen, um Kontakte herzustellen und Funktionäre ausländischer Revolutionärer Gruppen einzuschleusen. Sie können sich als Dolmetscher einstellen lassen, um auf Fabrikebene an Untersuchungen teilzunehmen. Im allgemeinen müssen sie sich auf Stützfunktionen beschränken, da die Bildung eigener Untersuchungsgruppen für die ausländischen Arbeitskräfte in der BRD notwendig erscheint.

Zur Unterstützung des Volkskrieges in den kolonialen und neokolonialen Ländern müssen die Solidaritätsaktionen dazu beitragen, den internationalistischen Kampagnen den Charakter konkreter, sinnlich erfahrbarer Solidarität zu geben. Die Solidaritätsorganisation kann von sich aus nicht über die Strategie internationaler Kampagnen befinden, sie muß aber versuchen, die versprochene Hilfe, etwa in Medikamenten oder Waffen so aufzubringen, daß das Proletariat einer Fabrik oder eines Wohngebietes weiß, welchem Verwendungszweck die Hilfe dienen wird.

Die historische Erfahrung der internationalen Arbeiterhilfe lehrt, daß Solidaritätskampagnen dann den größten Erfolg bei den Arbeitermassen hatten, wenn sie in praktischer Hilfe mündeten. (Hungerhilfe, Arbeiteranleihe, Reparaturkolonnen, Traktorsammlungen) Voraussetzung dafür, Pläne für konkrete Hilfe aufzustellen, ist allerdings systematische Aufklärung über den täglichen Kampf der Massen gegen den Imperialismus. Die vollständige Mobilisierung des vietnamesischen Volkes, seine umfassende Teilnahme am Kampf, seine historische Initiative und praktische Phantasie müssen erklärt werden, ehe man Solidarität mit der Losung "Sieg im Volkskrieg" erwarten kann. Auf der Basis der Wünsche der vietnamesischen Genossen muß dann ein Plan aufgestellt werden, der ein Produktionsaufgebot enthält und auf dessen Basis die Solidaritätskampagne eröffnet wird. Ferner muß die Solidaritätsorganisation verschiedene stabile Komitees zur Stützung revolutionärer Organisationen (wie der Black-Panther-Partei) bilden, der Genossen individuell beitreten können.

Dieser Beitrag wurde entnommen der "Roten Presse Korrespondenz" Nr.43/44/45. Er wurde von uns abgedruckt als Diskussionsanregung für die hannoversche "ROTE HILFE"-Gruppe, die mit der Aufgabe des Namens "Rechtshilfe-Gruppe" auch die Beschränktheit ihrer Arbeit auf finanzielle und juristische Unterstützung von angeklagten Genossen aufgegeben hat. Im übrigen besteht hierdurch die Möglichkeit, tendenziellen Genossen, die keiner der in Hannover arbeitenden Gruppen angehören, eventuell Praxisperspektiven zu eröffnen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit ihrer eigenen beruflichen Tätigkeit stehen.

ZUM PROBLEM DER FINANZIERUNG UNSERER POLITISCHEN ARBEIT

DER hannoversche SDS und die ideologisch mit ihm identifizierbaren lokalen Gruppen haben ihre politische Arbeit zu keinem Zeitpunkt in nennenswertem Umfang parasitär finanzieren können, d.h. durch Bündnispolitik oder durch zeitweilig und partiell okkupierte Institutionen (z.B. AStA). Sicherlich verschwand mit der zunehmenden Verschärfung der externen und fraktionellen Auseinandersetzungen und dem ideologischen Differenzierungsprozeß die 1. Möglichkeit zunehmend. Gleichwohl ist die Ursache dafür, daß diese Art der Finanzierung nie eine Rolle spielte, letztlich in dem bedenklichen Mangel eines taktischen und bündnispolitischen Realitätsprinzips zu suchen. Die 2. Möglichkeit konnte nicht realisiert werden aufgrund der von uns im Hochschulbereich teilweise inkonsequent und linksradikalistisch, teilweise überhaupt nicht geführten Auseinandersetzungen. (Nur in diesem Bereich ist ja anderenorts diese Art der Finanzierung realisiert worden.) Politische Schwächen lassen sich eben auch am Kassenstand der Revolution ablesen! Auf den Weg der Selbstfinanzierung verwiesen, konnten wir trotzdem nicht unerhebliche Mittel in Aktionen und Gegeninstitutionen stecken (Anti-Üstra-Kampf, Betriebsagitation, INFO, Sozialistisches Zentrum [1], Rote Hilfe, Produktionsmittel für die Agitation).

UNTER der unausgesprochenen Parole "Weg von der sozialdemokratischen 'Mitgliedsbeitrags'struktur! Weg von der unkontrollierten ad-hoc-Finanzierung einzelner Kampagnen!" begann sich im Verlaufe des letzten Jahres ein naturwüchsiges, nicht bewußt intendiertes, gleichwohl aber organisations r e l e v a n t e s System der Finanzierung unserer politischen Arbeit durchzusetzen. Wichtigster Bestandteil dieses Systems war das Prinzip der Selbstfinanzierung der soz. arbeitenden Gruppen. Die Funktion des SDS-Zentralkontos bestimmte sich tendenziell nach diesem Prinzip: Ein bestimmter Kontostand sollte gehalten werden, indem Projekte einzelner Gruppen vorfinanziert wurden (Verlags- und Druck-Kooperative, INFO, "Zum langen Marsch"): die vorgelegten Mittel sollten zurückfließen und werden es mit Sicherheit auch.

DIESES System stimuliert oder unterstützt sicherlich - sozialpsychologisch gesprochen - gruppenautistische Verhaltensweisen und - politisch-organisatorisch - zentrifugale und rechtsopportunistische Tendenzen. Inwieweit dieses System vorangetrieben oder verändert werden muß, wird u.a. die Generaldebatte und der Prozeß der Durchsetzung und Verallgemeinerung ihrer Ergebnisse zeigen. Richtig daran ist wohl das Prinzip des materiellen Austausches der Gruppen untereinander, wenn es sie schon als organisatorisch identifizierbare gibt. Dieser Austausch hätte jedoch im Rahmen einer einheitlichen, gleichzeitig strategisch-taktischen differenzierten Zielvorstellung zu erfolgen.

Gleichzeitig stellt sich eine andere Merkwürdigkeit heraus: Die Gruppen oder Projekte, die gleichrangig neben anderen den Zweck verfolgen, Mittel für die Bewegung lokal bereitzustellen (SZ + Kneipe, Koop) haben ein starkes - sagen wir einmal - politisch-ideologisches Defizit, während die Gruppen, die auf klassenkampfproduktive Konsumption von Geldmitteln angewiesen sind (z.B. die BPG), diese Frage der Finanzierung ganz außer Acht lassen. Jene "Überschußgruppen" sind weder hinreichend politisch integriert, was für die hannoverschen Gen. der überregional organisierten Druck- und Verlagskooperative z.B. schon ernsthafte Schwierigkeiten herbeigeführt hat, noch vermögen sie ihr Potential, das sie an sich darstellen, in der politischen Auseinandersetzung zu realisieren. Keine p o l i t i s c h e Lösung dieses Problems ist es mit Sicherheit zu sagen: Die, die was haben, sollen denen etwas geben, die was brauchen.

DAS Problem der materiellen Reproduktion der oder einzelner Genossen gehört zwar in den Zusammenhang der Finanzierung unserer politischen Arbeit, läßt sich aber in noch geringerem Maße in diesem Zusammenhang ausschließlich diskutieren als die bereits erwähnten Dinge. Es hängt wesentlich ab vom politischen Selbstverständnis und den ihm entsprechenden organisatorischen Konsequenzen. Wir sind weit davon entfernt, die politisch-praktische Organisation des Privatlebens der Genossen unter Einbeziehung emanzipativer Ansprüche zu verwirklichen.

---

1) Von 200 aufgelegten Roten Bausteinen für das Sozialistische Zentrum zu 50 Mark wurden bisher 46 = DM 2.300 abgesetzt. Davon wurden DM 2.200 zur Übernahme der Kneipe "Lindener Stübchen: Zum Langen Marsch" benutzt. Die ad-hoc-Gruppe wird dafür sorgen, daß regelmäßig Geld aus der Kneipe zum Aufbau eines Sozialistischen Zentrums herausgezogen wird!

Materialien zur neuesten Entwicklung der ÜSTRA

(INFO - Kollektiv)

Seit einiger Zeit erscheinen in den hannoverschen Zeitungen gezielte Hinweise darauf, daß die Fahrpreise der ÜSTRA erhöht werden müßten(HAZ). Der durch die "Rote-Punkt-Aktion" gegen die ÜSTRA und die Stadtverwaltung erzwungene Preis von 5o DM im Großraum wird mit mit fast völliger Sicherheit zum 1.März angehoben werden. Über das Ausmaß wird Anfang Februar beschlossen werden, jedoch scheinen schon recht genaue Vorstellungen vorzuliegen. Wohl nicht ohne Grund haben die Zeitungen schon ziemlich genaue Vorstellungen unters Volk zu bringen versucht.

Danach ist soviel sicher, daß gleichzeitig mit der Preiserhöhung ein Einheitsfahrschein eingeführt werden wird, der ohne Mehrpreis das Benutzen aller Träger des Nahverkehrs gestatten wird, man also von der Bundesbahn auf die Üstra wird umsteigen können und umgekehrt, ohne einen neuen Fahrschein bezahlen zu müssen. Damit soll vermutlich den Pendlern eine Verteuerung schmackhaft gemacht werden. Denn es ist unter Umständen geplant, vom Einheitstarif wieder abzugehen und einen 2-stufigen Zonentarif einzuführen. D.h., die Stadt Hannover wäre eine Stufe und der Großraum eine weitere. Innerhalb Hannovers würde ein Fahrschein(Sammelkarte) dann 5o, wahrscheinlich aber 6o Pfg. kosten, über Hannover hinaus in den Großraum hinein dann mehr, vermutlich zwischen 6o und 1.oo DM. Jedoch ist auch eine Beibehaltung des Einheitstarifs und eine lediglich lineare Anhebung um ebenfalls 1o Pfg genauso wahrscheinlich.

Die Höhe der neuen Fahrpreise hängt einmal davon ab, inwieweit und in welcher Höhe der Großraum Zuschüsse geben will und kann. Zum anderen ist der neue Fahrpreis aber auch davon abhängig, wieviel man glaubt, ohne eine neue größere Auseinandersetzung, ohne größeren und am liebsten ohne jeglichen Polizei-Einsatz und Aufsehen und mit womöglich erneuter Solidarisierung der Bevölkerung durchsetzen zu können. Die Frage ist also, wie groß die Gefahr eingeschätzt wird, und wieviel man andrerseits dafür ausgeben will, sie möglichst klein zu halten Natürlich ist aber auch klar, daß der Großraum unter gewissen "Sachzwängen" steht

Er kann den Kuchen, den er hat, nur einmal verteilen. Jedoch schon die Praxis der bisherigen Subventionierung zeigte, daß Sachzwänge politischen Prioritäten unterliegen. Wenn der Mißmut mit der Verwaltung zu groß wird, ist auf einmal doch Geld da, weils ein politischer Sachzwang geworden ist. Diese Lasten können nur dann wieder abgebaut werden, wenn der politische Druck nachgelassen hat.

Aufgrund seiner ÜSTRA-Subventionen und noch auf ihn zukommenden Lasten hat der Großraumverband seine Verbandsumlage inzwischen verdreifachen müssen (HAZ). Allein 1969 mußten an die ÜSTRA und die ebenfalls subventionierte Konkurrenz Bundesbahn und Bundespost ca 11 Mio gezahlt werden. Bei Weiterbestehen des 5o-Pfg-Tarifs ist 197o mit ca 3o Mio Subventionsbedarf zu rechnen. Bei der größten ins Auge gefaßten Preiserhöhung, wobei man aus psychologischen Gründen nicht mehr als 1o Pfg in Hannover verlangen wird können, dürfte es immer noch einen ansehnlichen Bedarf an Subventionen geben.
Diese mangelbde Kostendeckung hat verschiedene Ursachen. Einmal hat die Preissenkung auf 5o Pfg nur einen Zuwachs an Fahrgästen um o.7 % gebracht. Dieses geringe Resultat hat seine Ursache darin, daß die ÜSTRA nach wie vor mit dem privaten Pkw nicht konkurrieren kann, was Bequemlichkeit und Schnelligkeit angeht, denn der Preis allein ist nicht ausschlaggebend. Diese Binsenweisheit, die Neuffer von jedem Hannoveraner auf der Straße erfragen könnte, wenn er auf der Straße mit Leuten sprechen würde, läßt er sich zur Zeit übrigens eine eigene Untersuchung durch ein Marktforschungsinstitut kosten (HP).

Die Stadt hat mit der Absicht, die ÜSTRA von der PREAG zu kaufen, nur einen ersten notwendigen und teuren Schritt getan, den öffentlichen Verkehr in den Griff zu bekommen, eine Möglichkeit, die sie den Demonstranten verdankt. Bisher waren alle Übernahmeverhandlungen, zuletzt 1963/64 an den hohen Förderungen der PREAG gescheitert. Diese verwies stets darauf, daß die Üstra gewinnbringend sei. Dies geschah dadurch, daß bei rückläufigem Fahrgatsaufkommen stets die Preise erhöht wurden worauf das Fahrgastaufkommen erneut zurückging, die Preise erneut erhöht wurden usw. usw.

Denn jeder der es sich leisten konnte, stieg auf den Individualverkehr um. Diese Spirale wurde erst durch den Verkehrsboykott und seine Folgen zum Stehen gebracht. Ein Grund, weshalb die PREAG sich trotz der abzusehenden Minus-Bilanz bisher so schwer von der ÜSTRA trennen konnte, waren deren Grundstücke, die in der Bilanz nur zu Buchwerten versteckt sind, für die Verkahrsplanung und u.U. Veräußerungen einen erheblichen Preis erbringen. Von ihnen will sie sich auch jetzt noch nicht trennen.
Erst unter dem "Druck der Straße" kam Hannover doch noch dazu, über eine undurchschaubare Konstruktion zusammen mit dem Großraumverband (?) die Üstra doch noch zu erwerben. Wer auch immer der Besitzer auf seiten der öffentlichen Hand sein mag, die Probleme bleiben im wesentlichen die gleichen,:
Die Bevölkerung will ein möglichst billiges, schnelles, häufig verkehrendes Nahverkehrsmittel;
Für die Stadt bedeutet diese Forderung Geldausgaben, die sie nicht für andere notwendige Infrastrukturausgaben verwenden kann, die die Bevölkerung genau so dringend fordert und über deren Ausbleiben sie genauso unzufrieden werden kann. Wie immer sie sich verhält, riskiert sie die Unzufriedenheit der B evölkerung, sprich Wähler.

Wer sind nun die Kräftegruppierungen, die darüber bestimmen ?
In ihrer Verfilzung ist die hannoversche SPD vermutlich nicht untypisch für andere Kommunen, was Rat, Verwaltung und Parteivorstand angeht. Dadurch wird in der Regel die Entscheidungsfähigkeit in kommunalen Fragen von der gewählten Körperschaft auf die Verwaltung, in diesem Falle Neuffer, hingeschoben. Ca ein Drittelim Ortsvorstand sind gleichzeitig Fraktionsmitglieder, ebenfalls stark vertreten sind Partei- und Stadtangestellte, eine Kontrolle ebenderselben oder des Rates also nicht gegeben.
Die Ratsfraktion ist schon allein durch ihre nur ehrenamtliche Tätigkeit nicht in der Lage, die Verwaltung zu kontrallieren. Die in der Fraktion vertretenen Gewerkschaftsfunktionäre sind nicht als Vertreter der Gewerkschaft dort, sondern alsVertreter ihres Wahlbezirks. Aufgrund der Struktur der SPD und vor allem der Gewerkschaften in Hannover hat ihre Anwesenheit dort z.T. gar keine, aber meist eher eine integrative Funktion, als daß"die Gewerkschaften"gar Einfluß auf die Kommunalpolitik nehmen könnten. Schuld daran ist der desolate Zustand der hannoverschen Gewerkschaftsbürokratie. Symptomatisch wird dies an der Rolle von Barche , Bürgermeister und Geschäftsführer der IG Chemie, und Theilmann, Kreisvorsitzendem des DGB deutlich. Barche versteht sich eher als Propagandist der Politik der Verwaltung in den Gewerkschaften als umgekehrt, ebenso Theilmann. Als Unterzeichner und Mitinitiator der Aufrufe der Stadt (ÜSTRA-Subventionen oder Kindergarten etc) konnte Barche sich schlecht mit den Forderungen der Betriebsrätevorsitzendenkonferenz, den Vertretern seiner Basis, solidarisieren. Auf diesen Konferenzen mißlang übrigens die Absicht des Einberufers Theilmann, dort eine Unterstützung für die Position der Verwaltung im ÜSTRA-Konflikt zu erhalten.

Wie versuchte die Stadt inhaltlich mit den Problemen fertig zu werden, was wird sie bei ähnlichen Problemen tun ?
Die Stadt versuchte zuerst offensichtlich nach bewährtem Muster, den "harten Kern, die kleine radikale Minderheit", zu isolieren, was jedoch weder durch einen Polizeieinsatz noch durch Anzeigen in Zeitungen zu erreichen, in denen sie Stimmung zu machen versuchte. Während ein Teil der B ürokratie auf diesem Weg fortfahren wollte durch eine "durchgreifende" Polizei, auch als offensichtlich war, daß sich eine Mehrheit der Bevölkerung mit den Demonstranten solidarisierte, hatte der klügere Teil, unter ihm Innenminister Lehners erkannt, daß Polizei gegen Mehrheiten keine Lösungen durchsetzen konnte. Daraufhin mußte man, von der Polizei in Stich gelassen, es wieder mit Zugeständnissen versuchen, die zu gering waren. Durch große Zugeständnisse den Demonstranten endlich ihren"harten Kern" isolieren, darauf kam Neuffer, dem gemein hin kluges Verhalten in der Sache unterstellt wird, wirklich erst, als nichts mehr anderes möglich war.
In der Folgezeit ist versucht worden, mit viel Image-Pflege die zutage getretene Kluft zwischen Bedürfnissen der Bevölkerung und Verwaltung im Wortsinn zu übermalen. Auch die Sozialwissenschaft wurde für viel Geld auf die Image-Erforschung angesetzt, und was ein Nahverkehrsmittel leisten soll (HP).
Trotz verbaler Bekundungen hat die Verwaltung wenig oder nichts gelernt, sie kuriert weiter an Symptomen, und vertraut darauf, den"harten Kern" auch zukünftig irgendwie isolieren zu können, wobei die Mittel von den Umständen sprich Basis der Aktion abhängen werden.

REVOLUTIONÄRE BERUFSPRAXIS ?!?

Außerordentliche Termine:

Arbeitskonferenz der Aktionsgruppe Hannoverscher Lehrlinge (AHL) :
17./18. Januar

Als wichtigste Fragen stehen an: Selbstbestimmung der politischen Identität der AHL, Entwicklung von strategischen Perspektiven, Klärung des Verhältnisses zur Betriebsprojektgruppe, Vorbereitung der Generaldebatte.

Arbeitskonferenz der Betriebsprojektgruppe (BPG)

Grundlegende Problemstellung: Wie können "Hilfsfunktionen der Intelligenz für das Proletariat" aussehen? In welchem Verhältnis stehen Schulung und Organisation, wie ist die Beziehung von Schulung zur Entwicklung revolutionärer Theorie, bzw. zu Agitation und Propaganda. In Welcher Weise werden Anti-Üstra-Aktionen für die BPG relevant?
Termin: 7./8. Februar .

ANSCHRIFT DER INFO-REDAKTION:

FO-Redaktion, 3 H a n n o v e r , Weckenstr. 3

Alle Bestellscheine für Abonnements und alle Manuskripte bitte an diese Adresse!

T E R M I N E und I N F O R M A T I O N E N

SDS-MV	: Sa. 17 h	Cafeteria, Architekturgebäude Königswortherplatz
öffentliche INFO-Redaktions-sitzung	: Di. 18.30 h	Psychol. Seminar, Wunstorfer Str. 14 3. Stock Zimmer 421
Aktionsgruppe Hannoverscher Lehrlinge	: Mi. 19.30 h	ESG-Heim, Ludwig Bruhns Str. 9-11
Betiebsprojektgruppe	: Fr. 19 h	Podbi 105 (Parvus- Kommune)
Stadtteilagitation	: Di. 19.30 h	Cafeteria
Schülerbasisgruppe	: Mo. 18 h	Haus der Jugend Raum 10, Maschstr.
Kinderladen	: Do. 19. h	Psychol. Seminar
Rote Hilfe (Rechtshilfe)	: So. 20. h	Klaus Grau Lister Kirchweg 3
SEX-POL	: Hassan Aragtschini, Stiehlstr.5	
Sozialistisches Zentrum	: Alfred Krovoza, Kramerstr.10 (tel.:29356)	

GRUPPENKONTEN:

zentrales SDS-Konto	: R. Lichte PschA HAN. 24 25 01
Rote Hilfe	: BfG 77 56
Sozilistisches Zentrum	: BfG 91 44 (Rote Bausteine!!!)
INFO-Konto	: Diemer Spaka d. Hpstd. Han. 19 402 104

IMPRESSUM:

Herausgeber: Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) Hannover

Redaktion : Borchardt, Börtzler, Diemer, Weiberg

Redaktionsschluß: SDS-MV, eine Woche vor Neuerscheinen des INFO

Das INFO erscheint 14-tägig, jeweils s a m s t a g s !!

Bestellschein

Ich abonniere das INFO-hannoversches centralorgan der sozialistischen basis- und projektgruppen ab sofort für ein halbes Jahr zum Preis von 12.-DM (inclusive Sondernummern und Porto).

Name.....Vorname.....

Wohnort.....Straße.....

Telefon.....